tischer Grundsätze jenen österreichisch-ungarischen Nationen gewährt wird, die diese so lange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht hat, zu hoffen. Aus ähnlichen Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan wird. Außerhalb Europa glauben wir, daß dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien, Palästina, ist die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert, ist es unserm Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Falle annehmen, braucht hier nicht erörtert zu werden. Außer der Erklärung, daß es unmöglich sein würde, die Länder die ich schon jetzt erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugeben. Es wurde viel über die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über diese und andere Gegenstände eingegangen sind, gesprochen. Ich kann nur sagen, daß, wenn neue Umstände, wie der russische Zusammenbruch und die russischen Sonderverhandlungen, die Bedingungen verändern, unter welchen unsere Vereinbarungen gemacht sind, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen. Was die deutschen Kolonien anlangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Darauf muß das Hauptgewicht gelegt werden, daß in allen Fällen die Einwohner einer ihnen angenehmen Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnutzung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern auf die eine davon, und in in diesem Falle (Deutsch-Ostafrika) haben sich die deutschen Behörden nicht die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung im ganzen, die eine tiefe Abneigung gegen die Deutschen hat oder haben wird, gesichert, sondern nur die einer kleinen kriegerischen Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris gewählt haben. Schließlich muß eine Gutmachung des in Vergewaltigung des internationalen Rechtes verübten Schadens eintreten. Die Friedensbedingung darf nicht unsere Gedenke und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet, sowie der verbrecherischen Taten, unter denen sie gelitten haben, vergessen. Wenn wir gefragt werden, wo für wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten und dauernden Frieden, und wir glauben daß, bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen: 1. muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden; 2. muß eine Schlichtung von gewissen Fragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstung zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu mindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen als die bisher gebrachten.

Wie unsere Leser sehen, haben England und seine Bundesgenossen aus dem Kriege nichts gelernt, und es bleibt uns nichts weiter übrig, als weiter zu kämpfen für einen deutschen Frieden.

* * *

Kurze wichtige Nachrichten.

* „Temps" meldet: Die französische Regierung hat die Unabhängigkeit der finnischen Republik rechtlich wie tatsächlich anerkannt.

* Das endgültige Ergebnis der siebenten österreichischen Kriegsanleihe beträgt 6014182800 Kronen. Hierin sind die noch nicht abgeschlossenen Feldzeichnungen nur teilweise enthalten.

* Aus München wird berichtet: Die Polizei verhaftete 12 Lebensmittelschleichhändler, die Fleisch, Wurstwaren, Schmalz, Butter, Eier und andere Lebensmittel in großen Mengen nach Berlin ausführen wollten. Unter den Verhafteten befinden sich ein Gastwirt aus München-Haidhausen und ein Trainer aus Berlin. Unter den beschlagnahmten Gegenständen sind auch viele Zentner Rauchfleisch.

* „Times" melden aus Petersburg: Der Bürgerkrieg in Südrußland dauert fort.

* Die Pariser Blätter berichten, daß die Kälte in Frankreich immer schärfer wird. Selbst in Südfrankreich verzeichnet man 12 Grad. Die Garonne ist teilweise zugefroren. Auf den Kanälen und die Schiffahrt noch zu vollständig eingestellt worden. Der durch Schneefall unterbrochene Bahnverkehr ist noch nicht völlig behoben.

* Am 4. und 5. Januar fanden in Brest-Litowsk unverbindliche Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung statt, welche einen befriedigenden Verlauf nahmen.

* Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, die englische Regierung habe die Absicht, sich in Petersburg zunächst durch einen Geschäftsträger vertreten zu lassen. Wenn jemand, der bereits in Rußland sei, für diesen Posten gewählt werden würde, so würde es wahrscheinlich der britische Generalkonsul in Moskau sein.

* Der bulgarische Kronprinz Boris ist wegen seiner Verdienste im Kriege zum Oberstleutnant befördert worden.

* Der ungarische Ministerpräsident Wekerle und der österreichische Finanzminister von Wimmer sind in Berlin eingetroffen.

* In Washington sind weiter über 1000 italienische Untertanen verhaftet worden, die einer anarchistischen Gesellschaft angehören. Die Untersuchungsbehörden haben festgestellt, daß diesem Verbande über 20000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten angehören. Gleichzeitig ist eine Verschwörung italienischer Arbeiter gegen das Leben des Präsidenten aufgedeckt worden. Es sollen bereits Freiwillige angeworben sein, die die Aufgabe hatten, den Präsidenten Wilson und König Viktor von Italien zu ermorden. Es ist bezeichnend, daß sich unter den gegenwärtig im Auslieferungszustand befindlichen nah zu keine Deutschen oder Deutsch-Amerikaner befinden.

* Der schweizerische Gesandte in Berlin wurde beauftragt, der deutschen Regierung das Bedauern des Bundesrates auszusprechen über den Zwischenfall auf dem Bodensee, wo infolge des Ueberfliegens eines Unteroffiziers ein deutscher Dampfer von schweizerischen Booten aus beschossen worden ist.

* Das Berner Tageblatt berichtet indirekt aus Athen: Deutsche Seeleute trennten sich einem aus einem ostsiritanischen Hafen entführten Schiffe im Südausgang des Roten Meeres. In Bombay erhielt deshalb die Indienfahrer Polizeischutz.

* Nach einem Bericht der „Times" aus Athen hat der Kriegsrat die Verbringung des Vulkans Aetna, des Gouverneurs von Kreta, befohlen.

* Die „Daily Mail" erfährt aus Buenos Aires, daß ein Ausstand in den Fabriken von Lebensmitteln die ernsten Unruhen veranlaßt hat. In einem Straßengefecht zwischen Heizern und Polizei wurden viele verwundet und Hunderte verhaftet.

Brest-Litowsk.

Den Russen, die die bindende Abmachung über den Wiederzusammentritt der Friedensberatung in Brest-Litowsk mißachtet und überraschenderweise Stockholm als Verhandlungsort vorgeschlagen hatten, ist folgende deutsche Antwort erteilt worden:

Brest-Litowsk, 4. Januar. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegationen der vier verbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. M. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Diese bündige Ablehnung hat bereits die entsprechende Wirkung gehabt, denn die Russen kommen jetzt doch nach Brest-Litowsk, und zwar wird sich diesmal der dort bisher vermißte Herr Trotzki an ihrer Spitze befinden. Allerdings wollen sie noch immer ihren Willen durchsetzen und weniger mit uns verhandeln als mit uns handeln. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuß jedenfalls ohne jede Aussicht auf Erfolg!

Drahtlich wird uns hierzu gemeldet:

Berlin, 5. Januar. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gab der Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche folgende Erklärung ab: Der Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschlusse an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das folgende fest: Der Standpunkt des Reichskanzlers zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert. Aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen des Verbandes eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indessen ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiterberaten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart worden, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die streitig gebliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt. Inzwischen ist uns aus Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

„Am 4. Januar 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird."

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine zu befriedigender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Nach kurzer Geschäftsordnungs-Erörterung wurde mit großer Mehrheit der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen, die politischen Erörterungen abzubrechen und die Fragen der Gefangenenbehandlung und des Gefangenenaustausches zu erörtern.

Die Bolschewiki sind offenbar von der Ueberzeugung getragen, daß sie zwar den Krieg an den Grenzen verloren haben, daß aber ihre Idee, der revolutionäre Gedanke, der Rußland innerlich zerfrißt, auch in Deutschland einen Widerhall finden könne. Sie haben den deutschen Unterhändlern einen Ball zugeworfen, damit er zurückgeschleudert werde, und sie haben darauf gehofft, daß nunmehr jenseits der unüberwindlichen Wälle ihre Bundesgenossen aus den Kreisen der Sozialdemokratie ihnen zu Hilfe kommen. Dadurch, daß hier mehr als die vaterländisch gesinnten Kreise die Anhänger des Verzichtfriedens zu Worte kommen, müssen sie unbedingt den Eindruck gewinnen, als ob in Deutschland die starke Richtung in der Minderheit sei, während die wortgewaltigen Vertreter des Erzberger-Scheidemannischen Verzichtfriedens das Schicksal Deutschlands in der Hand haben. Dieser Eindruck wurde durch die Haltung des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk nur noch verstärkt, und so ist es dem Zusammenwirken der berufenen und unberufenen Diplomaten zu verdanken, daß uns die erste Sicherung in der Verhandlung beschieden war.

Es wäre eine gefährliche Täuschung, wenn die Bolschewiki meinen sollten, das hohe Spiel, alles oder nichts, gegen uns spielen zu können. Am 14. Januar läuft der Waffenstillstand ab, vorausgesetzt daß er sieben Tage vorher gekündigt wird. In Deutschland ist niemand, der den Wunsch hätte, an der Ostfront möchten die Feindseligkeiten wieder ausbrechen. Aber es wäre doch nicht klug, bei den Russen die Ueberzeugung großwerden zu lassen, eine Kündigung des Waffenstillstandes sei in gar keinem Falle denkbar. Müßte man, um die Russen hierüber aufzuklären, die diplomatischen Unterhändler vorübergehend hinter die militärischen zurücktreten lassen, so würde man das in allen deutschdenkenden Kreisen zu tragen wissen.

* * *

Die russischen Soldaten wollen nicht mehr kämpfen.

Rotterdam, 1. Januar. Nach dem „Nieuw Rotterdamsch Courant" meldet der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph": Es ist eine Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt zugeben, daß die Unterhandlungen von Brest-Litowsk mißglückt sind und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könnte. Als aber bekannt wurde im Smolny-Institut, daß die Bedingungen unannehmbar seien, standen die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht tun könnten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 5. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme, sowie in der Gegend von Avocourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafte Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Oestlich von Bullecourt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.